

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES

Auftrag betr. «Stärkung der Sozialregion Olten*» / Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 04.12.2025 hat Stefanie Kurt im Namen der SP Olten, Junge SP Olten und Grüne Olten einen überparteilichen Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Auftrag»

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Beschlussesentwurf¹ zu unterbreiten, damit die in den Kokes-Empfehlungen zur Organisation von Beistandschaften vom 18. Juni 2021 genannten Richtwerte hinsichtlich Ressourcen (Mandatsführung, Administration, Rechtsdienst) im Erwachsenen- und Kinderschutz innerhalb von vier Jahren im Amt für Kindes-Erwachsenenschutz (AKES) der Sozialregion umgesetzt werden können,

Begründung des Vorstosses

Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Verband der Berufsbeistandspersonen umfassende Empfehlungen zur Organisation und Weiterentwicklung der Berufsbeistandschaften erarbeitet (Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) vom 18. Juni 2021). Eine der Empfehlungen geht dabei explizit auf die benötigten Ressourcen zur wirksamen Führung von Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutz ein.

Ziel dieser Empfehlung ist es, den Gemeinden einen Richtwert zu geben, damit dies die Ressourcen im Bereich der Mandatsführung im Kindes- und Erwachsenenschutz so gestalten können, dass sie den tatsächlichen Anforderungen entsprechen. Die Arbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz ist sehr komplex und die Fallzahlen werden aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunehmen. Damit Beistandspersonen diese Aufgabe bewältigen können, sind nicht nur ausreichende Ressourcen für die Beistandspersonen selbst notwendig, sondern auch administrative Unterstützungsdienste. Ausserdem empfiehlt die KOKES einen Rechtsdienst, Stellenprozente für Qualitäts- und Wissensmanagement sowie ausreichend Stellenprozente für die Leitung. Zur weiteren Entlastung der Berufsbeistandspersonen sollen zudem einfache Fälle von privaten Beistandspersonen übernommen werden. Diese müssen wiederum fachlich begleitet und instruiert werden.

Gerade mit Blick auf die Sozialregion Olten zeigt sich jedoch eine alarmierende Diskrepanz: Die dortigen Fallzahlen liegen bereits heute deutlich über den KOKES-Empfehlungen. Mit der Nicht-Verlängerung der befristeten (und weiterhin benötigten) Stellen droht eine Zuspitzung der Situation, die nicht nur fachlich unhaltbar, sondern auch gesellschaftlich unverantwortlich wäre. Dies auch mit dem Wissen, das sich der Stadtrat bewusst ist, dass die Fallzahlen weiter zunehmen werden.

Auch unter den Beistandspersonen ist das Thema des Fachkräftemangels aktuell. Durch die Einhaltung der KOKES-Richtlinien zeigt sich die Sozialregion Olten als eine attraktive

Arbeitgeberin. Dadurch kann Fluktuation verhindert, Krankheitsausfälle vermindert und offene Stellen auch zukünftig besetzt werden. Dies wiederum spart langfristig Kosten und erhöht die Qualität.

Die aktuelle Situation zeigt, dass die Mitarbeitenden des AKES zu stark belastet sind. Der Stadtrat ist herausgefordert, zeitnah notwendige Massnahmen zu erarbeiten, damit das AKES weiterhin seine gesetzlich vorgegebene Arbeit bewältigen kann. Durch die Bereitstellung offensichtlich benötigter Ressourcen kann langfristig die Unterstützung von schutzbedürftigen Menschen gewährleistet und Kosten eingespart werden.

* * *

Stadtrat Raphael Schär-Sommer beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt die Ansicht, dass die Falllast im Bereich der Beistandsschaften und die Ausgestaltung der personellen Ressourcen einer Klärung bedürfen.

Der Stadtrat von Olten hat sich in seinem Regierungsprogramm 2025-2029 unter anderem die zwei nachfolgenden strategischen Ziele gesetzt:

- *Die Stadt Olten stärkt die Autonomie der Bevölkerung, sodass sich die Sozial- und Gesundheitsausgaben besser als das kantonale Mittel entwickeln. (Ziel 5)*
- *Die Stadt Olten hat als attraktive Arbeitgeberin motivierte Mitarbeitende und kann offene Stellen nahtlos besetzen. (Ziel 6)*

Innerhalb von Ziel 5 sollen die Qualitätsanforderungen in der Sozialregion überprüft werden. Die Ausgestaltung dieser Anforderungen hat ebenfalls einen Einfluss auf das Ziel 6. Das Ziel 5 soll unter anderem durch eine nachhaltige Senkung der Sozialhilfefälle wie auch Beistandsmandate erreicht werden. Die Senkung der Fälle, bzw. Mandate wiederum sollen durch Prävention (beispielsweise freiwilliger Kinderschutz) und durch die erfolgreiche Ablösung der Fälle erreicht werden.

Aufgrund der wachsenden Fallzahlen und der hohen Anzahl extern geführten Mandaten im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes hat die Überprüfung in dieser Abteilung eine hohe Priorität. Die Anforderungen im Sozialamt werden durch das kantonale Projekt der harmonisierten Fallführung (HFF) bis zum 1.1.2028 ebenfalls überprüft. Dies erfolgt abgestimmt mit den weiteren Sozialregionen. Die Analyse in der Administration ist für das Jahr 2026 budgetiert und wird anschliessend politisch diskutiert.

Die Sozialdirektion hat die Situation im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (AKES) mittlerweile analysiert und mögliche Massnahmen/Strategien zur Qualitätssicherung abgeleitet. Der Stadtrat hat diese Analyse im Rahmen eines Gesprächsthemas vom 22.12.2025 zur Kenntnis genommen und der Direktion Soziales den Auftrag erteilt diese weiter auszuarbeiten.

Die entsprechende Strategie sieht vor, dass die Anzahl geführten Fälle pro Vollzeitstelle nicht über dem Median aller Sozialregionen liegen und gleichzeitig alle Fälle intern geführt werden. Es erfolgt damit eine Abwägung zwischen der Stärkung der Autonomie sowie der Attraktivität als Arbeitgeber (Ziele 5 und 6) und den finanzpolitischen Möglichkeiten (Ziele 9 und 10). Im letzten verfügbaren Benchmarking vom Jahr 2024 liegt der Median bei 67 Fälle pro

Vollzeitstelle. Als Grundlage sollen entsprechend 65 Fälle beigezogen werden, was per Ende Februar 2026 inklusive der zurzeit extern geführten Fälle eine Stellenerhöhung um 250% erfordert. Das entsprechende Geschäft ist zurzeit für die Mai Sitzung des Gemeindeparlaments vorgesehen.

Die Einführung der KOKES-Empfehlung hätte mit derselben Rechenbasis eine zusätzliche Stellenerhöhung um 140% alleine für die Mandatsführung zur Folge. Der Stadtrat sieht diesen Schritt in den nächsten zwei Jahren in welchem ein Auftrag umgesetzt werden muss als finanzpolitisch nicht umsetzbar und beantragt daher den Auftrag für nicht erheblich zu erklären.

Der Stadtschreiber

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name or set of initials, located below the typed name 'Der Stadtschreiber'.